

MEILENSTEINE DER FRAUENBEWEGUNG

Liebe LeserInnen, der Internationale Frauentag wird 100 Jahre alt. Schon viel länger kämpfen Frauen für echte Gleichberechtigung. Die Frauenbewegung hat unglaublich viel erreicht. Die grüne Frauenquote ist ein Meilenstein, der erfolgreich vorkam, wie Gleichstellung gelingen kann. Seit 25 Jahren prägt sie grüne Politik und bringt andere in Zugzwang. Darauf sind wir stolz und auch daran wollen wir mit dieser Zeitreise zum Lesen und Aufhängen erinnern. Noch immer erhalten Frauen weniger Gehalt als Männer, sind unterrepräsentiert in Führungsetagen und haben weltweit weniger Rechte als Männer. Deshalb kämpfen wir weiter, wofür wir seit unserer Gründung stehen. Wir wollen, dass dieses Selbstverständnis endlich gesellschaftliche Normalität wird. Für eine gleichberechtigte Gesellschaft.

Herzlichst

Astrid Rothe-Beinlich
Frauenpolitische Sprecherin des grünen Bundesvorstands

WUSSTEST DU SCHON, DASS ...

... der Grundgesetzartikel „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ in der Verfassung der BRD fast nicht zu Stande gekommen wäre? Elisabeth Selbert, eine der nur vier Frauen im Parlamentarischen Rat, stellte den Antrag auf den neu zu formulierenden Artikel 3, Absatz 2. Die männlichen Abgeordneten lehnten dies strikt ab. Daraufhin startete Selbert eine Kampagne: Die 40.000 Protestschreiben von Frauen setzten die Abgeordneten so unter Druck, dass die Gleichberechtigung ins Grundgesetz aufgenommen wurde. Wesentlich reibungsloser und ohne großes Aufsehen wurde im selben Jahr in der Verfassung der DDR das Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau aufgenommen.

1933–1945 Im Nationalsozialismus werden Einrichtungen und Frauenorganisationen von der NSDAP gleichgeschaltet, der Frauentag wird abgeschafft. Frauen verlieren bürgerliche Rechte wie etwa das passive Wahlrecht. NS-Frauenorganisationen vertreten ein Modell, das die Unterschiede der Geschlechter betont.

1918 Frauen in Deutschland erhalten das aktive und passive Wahlrecht. Ihre Stimme können sie erstmals bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 abgeben.

Die Ideologie der Nazis sieht Frauen als Hausfrauen und Mütter, nicht aber als Berufstätige

1949 Das Grundgesetz der BRD und die Verfassung der DDR werden verabschiedet.



Schwarzaupt (re.) übernimmt im Kabinett Adenauer den Posten der Gesundheitsministerin

1968 Nachdem sich die Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds weigerten, die Forderungen des Aktionsrats zur Befreiung der Frau zur Kenntnis zu nehmen, wirft die Studentin Sigrid Rügner eine Tomate auf den SDS-Theoretiker Hans-Jürgen Krahl. Der Tomatenwurf gilt als Symbol für den Beginn der neuen Frauenbewegung.

1950 Mit dem Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau werden in der DDR die ersten Grundlagen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen. Die Gleichzeitigkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft wird zum Leitbild. Bis heute gehen in Ostdeutschland wesentlich mehr Frauen mit Kindern einer Erwerbsarbeit nach.

1961 Elisabeth Schwarzaupt wird erste Bundesministerin in der BRD. Bereits 1953 wurde Hilde Benjamin erste Justizministerin in der DDR.



Schwarzaupt (re.) übernimmt im Kabinett Adenauer den Posten der Gesundheitsministerin

1972 In der DDR tritt das Gesetz zum straffreien Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten in Kraft.

1977 Das neue Eherecht in der BRD schafft im Juli die „Hausfrauenehe“ ab. Bis dahin durften Frauen nur berufstätig sein, wenn ihr Ehemann es gestattet.

1978 Im Westen treten mehrere Familienrechtsreformen in Kraft. Kernpunkte sind unter anderem: der Gleichberechtigungsgrundsatz, Änderungen des Erbrechts, des Ehegüterrechts und des Scheidungsrechts.

1980 Am 12./13. Januar tritt in Karlsruhe der 3. Kongress der SPV (Sonstige Politische Vereinigung) zusammen und gründet die Bundespartei DIE GRÜNEN.



Petra Kelly (1947-1992) Gründungsmitglied der GRÜNEN

1986 Das erste Bundesfrauenministerium wird eingerichtet.

1989 Als organisatorisches Sammelbecken der autonomen Frauenbewegung der DDR wird kurz nach der Friedlichen Revolution im Osten der Unabhängige Frauenverband gegründet, der die Fraueninteressen am Runden Tisch vertritt.

1994 Jutta Limbach wird am 30. Juni als erste Frau Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts.

1995 Hannelore Ratzburg wird als erste Frau in den DFB-Vorstand gewählt.

1999 auf dem Leipziger Parteitag wird die Fusion von BÜNDNIS 90 und den GRÜNEN zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen.

1998 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden erstmals Regierungspartei und beenden mit der SPD die Ära Kohl.

Unter Antje Radtke (li.) und Gunda Röstel, der ersten weiblichen Doppelspitze aus Ost und West im Bundesvorstand, startet die Partei in die Regierungsverantwortung im Bund

2001 Rot-Grün verbessert mit dem Gesetz zur Elternzeit die Rahmenbedingungen für Väter und Mütter deutlich: Es gibt einen Anspruch auf Teilzeitarbeit mit Rückkehrrecht in den ersten drei Jahren für Mütter und Väter.

2003 Die deutsche Frauenfußballnationalmannschaft wird Weltmeisterin

2008 findet der erste „Equal Pay Day“ in Deutschland statt. Der Lohnunterschied von unglaublichen 23% zwischen Männern und Frauen wird skandalisiert.

2005 Angela Merkel wird erste deutsche Bundeskanzlerin.

2001 Rot-Grün verbessert mit dem Gesetz zur Elternzeit die Rahmenbedingungen für Väter und Mütter deutlich: Es gibt einen Anspruch auf Teilzeitarbeit mit Rückkehrrecht in den ersten drei Jahren für Mütter und Väter.

2002 Das Gesetz zur Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation der Prostituierten tritt in Kraft.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2010 Die Telekom führt als erstes deutsches Unternehmen eine Frauenquote von 30 Prozent für Führungspositionen ein.

GRÜN IN DIE ZUKUNFT. AUCH 2011 ...
... sind nur 29 von 906 AufsichtsrätInnen Frauen: Wir wollen das ändern und haben als einzige Fraktion bereits einen konkreten Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht.



1870

1870 Im US-Bundesstaat Wyoming können Frauen erstmals in der Geschichte wählen.

1865 Gründung des „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins“ mit dem Ziel, Bildungschancen und Berufstätigkeit von Frauen zu fördern.



Luise Otto-Peters (1819-1895), Mitgründerin des Frauenvereins

1900

1900 In Baden dürfen Mädchen erstmals höhere Jungenschulen besuchen und sich an Hochschulen immatrikulieren.

1911 Am 19. März wird der 1. Internationale Frauentag gefeiert. Die Sozialistin Clara Zetkin initiierte diesen Tag unter dem Motto: „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“



1911 Am 19. März wird der 1. Internationale Frauentag gefeiert. Die Sozialistin Clara Zetkin initiierte diesen Tag unter dem Motto: „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“

1946 In der sowjetischen Besatzungszone wird der Frauentag wieder eingeführt. Ein Jahr später wird dort der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) gegründet.

FRAUENTAG IN DER DDR

Von Astrid Rothe-Beinlich, Frauenpolitische Sprecherin des grünen Bundesvorstands
In der DDR nannte sich der 8. März zwar „Internationaler Frauentag“, wurde aber zunehmend als eine Art sozialistischer Muttertag mit kollektiver Betriebsfeier – Urkunden und Auszeichnungen inklusive – begangen. Die Kinder bastelten in Schule und Kindergarten mit Nelken bestückte Glückwunschkarten. Unvergessen bleiben die obligatorischen Kulturprogramme mit DDR-Kinderliedern wie „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht, dann bleibe ich zu Haus...“ oder „Meine Mutti ist Abteilungsleiter – alle Tage steht sie ihren Mann...“
Trotz aller staatlicher Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Es waren die Frauen, die, vielfach alleinerziehend, eine Doppel- bis Dreifachbelastung zu bewältigen hatten, da sie selbstverständlich berufstätig, oftmals Mutter und für den Haushalt zuständig waren.

1950

1957 Die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft legen fest, dass Männer und Frauen für gleiche Arbeit auch gleich bezahlt werden müssen. Bis heute ist dies jedoch nicht umgesetzt: Das sogenannte „Gender Pay Gap“ beläuft sich in Deutschland auf 23%.

1960

1961 Die Firma Schering bringt am 1. Januar in BRD „Anovlar“ auf den Markt – die erste Antibabypille. Ab 1965 ist sie unter dem Namen „Ovisiston“ auch in der DDR verfügbar und wird dort kostenlos ausgegeben.

1961 Die Firma Schering bringt am 1. Januar in BRD „Anovlar“ auf den Markt – die erste Antibabypille. Ab 1965 ist sie unter dem Namen „Ovisiston“ auch in der DDR verfügbar und wird dort kostenlos ausgegeben.



Demonstrationen gegen den § 218 am 8. März 1972 in Frankfurt/Main

1970

1971 374 Frauen – darunter Romy Schneider und Senta Berger – bekennen am 6. Juni im Stern: „Wir haben abgetrieben!“ Sie protestieren damit für die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper und gegen die Verschärfung des Paragrafen 218.

1971 374 Frauen – darunter Romy Schneider und Senta Berger – bekennen am 6. Juni im Stern: „Wir haben abgetrieben!“ Sie protestieren damit für die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper und gegen die Verschärfung des Paragrafen 218.



Demonstrationen gegen den § 218 am 8. März 1972 in Frankfurt/Main

1979

1977 Im Januar erscheinen die ersten Ausgaben der Frauenzeitschriften Courage und Emma.

Erste Ausgabe der Emma

ALICE SCHWARZER
Alice Schwarzer ist eine der wesentlichen Initiatorinnen der neuen Frauenbewegung. Sie organisierte Aktionen wie zum Beispiel die Proteste gegen den § 218 oder die PorNo-Kampagne von 1987 gegen die entwürdigende Darstellung von Frauen. Als eine der einflussreichsten und streitbarsten Journalistinnen und Feministinnen prägt sie das gesellschaftliche Klima entscheidend mit, zuletzt in der Feminismusdebatte von Familienministerin Kristina Schröder (CDU).

1980

1981 Das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) tritt in Kraft und wird von 186 Staaten ratifiziert.

Erste Ausgabe der Emma

DIE „UNERHÖRTE BUNDESTAGSREDE“
Mit ihrer ersten Bundestagsrede sorgt die grüne Abgeordnete Waltraud Schoppe 1983 für männliche Tumulte, weil sie eine „Bestrafung bei Vergewaltigung in der Ehe“ fordert. Von ihren Kollegen im Bundestag verlangt sie, „den alltäglichen Sexismus im Parlament einzustellen“, was zum Eklat im Parlament führt. Erst 1997 wird die Vergewaltigung in der Ehe strafbar.



Waltraud Schoppes (re.) Äußerungen führen zum Eklat im Parlament

1989

1983 DIE GRÜNEN ziehen am 6. März in den Bundestag ein. Der Frauenanteil im Parlament steigt durch sie zum ersten Mal auf zehn Prozent.

Das Feminat hintere Reihe, v.l.n.r.: Waltraud Schoppe, Annemarie Borgmann, Dr. Erika Hicke

1984 Die grüne Bundestagsfraktion wählt einen rein weiblichen Vorstand, das sogenannte Feminat.

Das Feminat hintere Reihe, v.l.n.r.: Christa Nickels, Dr. Antje Vollmer und Heidemarie Dann

1990

1992 Das Bundesverfassungsgericht kippt das Nachtarbeitsverbot für Frauen.

1993 Heide Simonis (SPD) wird erste Ministerpräsidentin eines Deutschen Bundeslandes.

ERSTER AUFSCHLAG FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST IM BUND
Dieses Gesetz war ein wichtiger Schritt für die Gleichstellung im öffentlichen Dienst des Bundes: Von nun an konnten Frauenbeauftragte wirken. Ihre geheime Wahl und ein besserer „Betreuungsschlüssel“ wurden im neuen Gesetz 2001 verankert. Das Gesetz von 1994 schuf dafür die Basis. Es blieb mit zu vielen „Kann-Regelungen“ und keinerlei Quoten leider viel zu unverbindlich. Wir DGB-Frauen fordern verbindliche gesetzliche Regelungen für den öffentlichen Dienst und die private Wirtschaft und sagen auch heute Ja zur Quote für Frauen in Spitzenpositionen.

200 Frauen reisen 1995 mit dem Zug von Helsinki nach Peking zur Weltfrauenkonferenz

1995

1999 Die rot-grüne Bundesregierung verabschiedet Gender Mainstreaming als Leitprinzip zur Gleichstellung zwischen Männern und Frauen.

2002 Das Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft. Gewalttätige Partner können nun von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden. Die Opfer haben das Recht, im gemeinsamen Haushalt zu bleiben.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2002 kämpfen DIE GRÜNEN für Gleichberechtigung

2000

2002 Das Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft. Gewalttätige Partner können nun von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden. Die Opfer haben das Recht, im gemeinsamen Haushalt zu bleiben.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2010 Die Grüne Jugend wählt eine weibliche Doppelspitze in ihren Bundesvorstand.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2003

2002 Das Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft. Gewalttätige Partner können nun von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden. Die Opfer haben das Recht, im gemeinsamen Haushalt zu bleiben.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2010 Die Grüne Jugend wählt eine weibliche Doppelspitze in ihren Bundesvorstand.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2003

2002 Das Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft. Gewalttätige Partner können nun von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden. Die Opfer haben das Recht, im gemeinsamen Haushalt zu bleiben.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2010 Die Grüne Jugend wählt eine weibliche Doppelspitze in ihren Bundesvorstand.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2008

2002 Das Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft. Gewalttätige Partner können nun von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden. Die Opfer haben das Recht, im gemeinsamen Haushalt zu bleiben.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2010 Die Grüne Jugend wählt eine weibliche Doppelspitze in ihren Bundesvorstand.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2010

2002 Das Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft. Gewalttätige Partner können nun von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden. Die Opfer haben das Recht, im gemeinsamen Haushalt zu bleiben.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2010 Die Grüne Jugend wählt eine weibliche Doppelspitze in ihren Bundesvorstand.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2011

2002 Das Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft. Gewalttätige Partner können nun von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden. Die Opfer haben das Recht, im gemeinsamen Haushalt zu bleiben.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2010 Die Grüne Jugend wählt eine weibliche Doppelspitze in ihren Bundesvorstand.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2012

2002 Das Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft. Gewalttätige Partner können nun von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden. Die Opfer haben das Recht, im gemeinsamen Haushalt zu bleiben.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2010 Die Grüne Jugend wählt eine weibliche Doppelspitze in ihren Bundesvorstand.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2013

2002 Das Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft. Gewalttätige Partner können nun von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden. Die Opfer haben das Recht, im gemeinsamen Haushalt zu bleiben.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2010 Die Grüne Jugend wählt eine weibliche Doppelspitze in ihren Bundesvorstand.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2014

2002 Das Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft. Gewalttätige Partner können nun von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden. Die Opfer haben das Recht, im gemeinsamen Haushalt zu bleiben.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2010 Die Grüne Jugend wählt eine weibliche Doppelspitze in ihren Bundesvorstand.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2015

2002 Das Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft. Gewalttätige Partner können nun von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden. Die Opfer haben das Recht, im gemeinsamen Haushalt zu bleiben.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2010 Die Grüne Jugend wählt eine weibliche Doppelspitze in ihren Bundesvorstand.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2016

2002 Das Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft. Gewalttätige Partner können nun von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden. Die Opfer haben das Recht, im gemeinsamen Haushalt zu bleiben.

2007 Das Elterngeld ermöglicht es auch Vätern, im Rahmen der sogenannten Partnermonate stärker als bisher Beruf und Familie zu vereinbaren. Das Elterngeld wird für zwölf Monate gezahlt. Dazu kommen zwei weitere Monate, wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen.

2010 Die Grüne Jugend wählt eine weibliche Doppelspitze in ihren Bundesvorstand.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.

2001 Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Das bisherige Verbot wird aus dem Grundgesetz gestrichen.



GLEICHER LOHN FÜR GLEICHWERTIGE ARBEIT!

Der Mangel an verlässlichen Angeboten für Pflege, Betreuung und Bildung, die ungleiche Bewertung und Bezahlung vergleichbarer Tätigkeiten, die geringere Wertschätzung von „Frauenberufen“ sind eine gefährliche Mischung. Wir brauchen gerechte und transparente Arbeitsbewertungen und ein Aufbrechen der geschlechtsspezifischen Berufswahl. Deutschland darf mit einer Lohndifferenz von 23% nicht länger Schlusslicht in Europa bleiben.

ARMUT DARF NICHT LÄNGER WEIBLICH BLEIBEN!

Frauen sind insbesondere im Alter von einem höheren Armutsrisiko betroffen, da sie aufgrund von niedrigeren Löhnen und familienbedingten Ausfallzeiten geringere Rentenansprüche als Männer erwerben. Besonders hart trifft dies alleinerziehende Frauen. Wir wollen endlich ausreichende und gute Angebote für Betreuung und Bildung damit Frauen und Männer Erwerbsarbeit und Familie miteinander vereinbaren können.

HÖCHSTE ZEIT FÜR DIE EIGENSTÄNDIGE EXISTENZSICHERUNG!

Bis zum heutigen Tag wird das altbackene Alleinerzieher-Modell vom Staat subventioniert – durch das Ehegattensplitting, die beitragsfreie Mitversicherung oder die Berechnung von Ansprüchen über Bedarfsgemeinschaften beim Arbeitslosengeld II. Frauen sollen unabhängig von Partnereinkommen und öffentlicher Fürsorge leben können. Deshalb gehören diese Hürden für eine gleichberechtigte Lebens- und Arbeitswelt abgeschafft.

NUTZEN WIR DIE POTENTIALE VON MIGRANTINNEN!

Die Qualifikationen von Frauen mit Migrationshintergrund müssen besser und schneller anerkannt werden, um den Frauen zu ermöglichen, auf eigenen Füßen zu stehen. Diskriminierungen aufgrund von Vorurteilen schaden nicht nur unserem friedlichen Zusammenleben, sondern auch unserer Wirtschaft.

FRAUEN IN DIE CHEFETAGEN!

Frauen in Führungspositionen sind in Deutschland nach wie vor Mangelware. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft haben bis jetzt wenig bewirkt. Wir wollen eine Frauenquote von 50% für Führungspositionen, Aufsichtsräte und Vorstände, denn Vielfalt in Entscheidungsgremien zahlt sich aus – in der Wirtschaft ebenso wie in der Gesellschaft.

WIR BRINGEN FRAUEN IN DIE PARLAMENTE!

Die grüne Quote hat es vorgemacht: Frauen sind ein Gewinn für die Politik. Wir werden gesetzliche Regelungen prüfen, die eine bessere Beteiligung von Frauen in der Politik gewährleisten – vom Kommunalmandat bis hin zur Bundestagsabgeordneten. Wir wollen dafür auch die anderen Parteien in die Verantwortung nehmen.

KINDER, KÜCHE UND KARRIERE FÜR ALLE!

Eine längere berufliche Auszeit, die vor allem Frauen wahrnehmen, bedeutet oft schlechtere Bedingungen am Arbeitsplatz, eingeschränkte Aufstiegschancen und niedrigere Bezahlung. Wir brauchen flexible und familienfreundliche Strukturen am Arbeitsplatz, in der Betreuung und Bildung von Kindern, in der Pflege von Familienangehörigen. Und zwar für Frauen und Männer. Vor allem aber brauchen wir endlich Modelle für eine vernünftige Zeitpolitik, die die Rush-hour des Lebens entzerrt.

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE – ÜBERALL!

Gerade in Kriegs- und Krisengebieten sind Frauen besonderen Gefahren wie Vergewaltigung und verstärkter häuslicher Gewalt ausgesetzt. Dabei kommt ihnen meist die Hauptlast beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur zu. Die UN-Resolution 1325 muss endlich ernst genommen und mit einem nationalen Aktionsplan auch bei uns umgesetzt werden. Außerdem müssen Genitalverstümmelung, Zwangsheiraten, Heiratsverschleppung und Menschenhandel konsequent bekämpft und verfolgt werden. Die Opfer brauchen Schutz und ein verlässliches Bleiberecht, auch bei uns in Deutschland.

WIR WOLLEN VIELFÄLTIGE ROLLENBILDER!

Geschlechterdemokratie bedeutet für uns auch, dass wir Frauen und Männern ermöglichen, ihr Leben unabhängig von überkommenen Rollenbildern zu gestalten. Ingenieurinnen, die Solarflugzeuge bauen, sind für uns ebenso selbstverständlich wie Söhne, die ihre Eltern pflegen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle sich auf Augenhöhe begegnen können und alle Aufgaben zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt werden.

FOTOCREDITS
Luise Otto-Peters gemeinfrei Clara Zetkin gemeinfrei Frauen NS Zeit Deutsches Bundesarchiv (German Federal Archive), Bild 146-1973-010-31 Schwarzaupt Deutsches Bundesarchiv (German Federal Archive), B 145 Bild F016393-0032, Gerhard Heisler Pille Schering Archives, Bayer AG EMMA www.emma.de, www.aliceschwarzer.de Petra Kelly Reni Newsphoto Feminat ddp Waltraud Schoppe Archiv Grünes Gedächtnis Impressionen von der Bundesfrauenkonferenz Fotografin Hermine Oberück Peacetrain Privat Röstel/Radcke dpa Picture-Alliance Fußball Getty Images Alle weiteren Bilder/Plakatmotive Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin

IMPRESSUM
VisdP Claudia Schlenker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Konzept und Gestaltung ressourcenmangel, Schlesische Str. 26 C, 10997 Berlin

DIE HÄLFTE DER MACHT DEN FRAUEN

MEILENSTEINE DER FRAUENBEWEGUNG

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN FEIERN 100 JAHRE FRAUENTAG UND 25 JAHRE GRÜNE FRAUENQUOTE

